Bericht liegt den Fahndern vor, die Behörde scheute bislang die Übersetzungskosten.

Ähnlich flau ermitteln andere Staatsanwaltschaften – obwohl es sogar Hinweise dafür gibt, dass einige der türkischen Holdings radikale Islamisten unterstützt haben könnten. Nach dem 11. September nahmen Fahnder des Bundeskriminalamts (BKA) die Finanzen des Vereins Milli Görüş unter die Lupe, den der Verfassungsschutz für extremistisch hält. Dabei stießen sie auch immer wieder auf dubiose Überweisungen etwa von Jetpa. Rund hundert Verfahren wegen Geldwäsche wurden bei unterschiedlichen Staatsanwaltschaften eingeleitet. Zu einer Anklage kam es allerdings nirgendwo.

Der Generalsekretär von Milli Görüş, Oguz Üçüncü, räumt zwar ein, dass Holdings bei Großveranstaltungen des Vereins als Sponsoren aufgetreten seien. Weiter gehende Verbindungen „hat es aber nicht gegeben“, beteuert er.

Erfolglos spürten deutsche Fahnder bislang auch den Geschäften der Holding Kombassan nach. Über 65 000 Türken, davon die meisten aus der Bundesrepublik, sollen in den vergangenen Jahren nach Schätzungen von Ermittlern rund 1,5 Milliarden Euro in das Unternehmen gesteckt haben, das sich unter anderem an Papier- und Lebensmittelfabriken beteiligt. Zu Kombassan gehört auch die türkische Fluglinie Alfa, die Zahlungsschwierigkeiten hatte und den Flugbetrieb nach Deutschland einstellte.

BKA-Ermittler befassten sich vor zwei Jahren mit Kombassan, weil Mitarbeiter der Air Alfa der islamistischen Terrorgruppe IBDA-C angehört haben sollen. Die Wiesbadener Kriminalisten vermuteten, Kombassan finanziere Terroristen, die Bundesanwaltschaft – zuständig für den Bereich Terrorismus – mochte jedoch kein Ermittlungsverfahren einleiten.

Kombassan-Anwalt Oryal Ertan bestreitet Terrorverbindungen und betont, dass alles mit rechten Dingen zugehe. Das Geld der Anleger sei investiert worden, es könne daher nicht kurzfristig zurückgezahlt werden. Dies sei rechtlich aber auch gar nicht erlaubt: „Welches Unternehmen kauft schon seine eigenen Aktien zurück?“ Wenn Anleger aussteigen wollten, müssten sie ihre Anteilsscheine an andere Interessenten verkaufen.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Köln die Ermittlungen gegen sieben Kombassan-Funktionäre übernommen. Der Vorwurf: Betrug und Untreue. Doch die Behörde fühlt sich eigentlich nicht zuständig. Kombassan hat ihre Deutschland-Niederlassung in Köln geschlossen, die Verantwortlichen sind in der Türkei. Über ein Tochterunternehmen in Luxemburg wurden auch die Anlegergelder dorthin geschafft. „Wir überlegen derzeit, ob wir das Verfahren an die Türkei abgeben können“, sagt die Kölner Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt.

Michael Fröhlingsdorf

STUART FRANKLIN / GETTY IMAGES

Angeklagter Mzoudi: *Belastet von einem Schwadroneur*

JUSTIZ

Geheimes von Toni

Ein iranischer Ex-Agent soll in letzter Minute die Wende im Hamburger Terror-Prozess bringen – doch der Mann gilt Insidern als notorischer Geschichtenerzähler.

Seeleute nennen so etwas das „Manöver des letzten Augenblicks“: Ganz kurz bevor es kracht, darf man auch Ungewöhnliches wagen, um eine Katastrophe zu verhindern. Bundesanwalt Walter Hemberger leitete sein Manöver des letzten Augenblicks am Mittwoch vergangener Woche ein.

Gleich mehrfach telefonierte er aus Karlsruhe mit dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg. Am nächsten Tag sollte dort das Urteil gegen Abdelghani Mzoudi fallen, jenen Hamburger Studenten, der als Helfer der 11.-September-Terroristen angeklagt ist. Ein Freispruch und somit eine verheerende Niederlage der Ankläger galt schon als wahrscheinlich. Aber nun bat Hemberger, für alle überraschend, um Aufschub.

Denn am Montag vergangener Woche hatten zwei Beamte des Bundeskriminalamts (BKA) einen Mann vernommen, der sich als ehemaliger iranischer Top-Agent vorstellte. „Sie können mich mit ‚Toni‘ ansprechen“, begann er und belastete Mzoudi dann schwer: Der habe als „Logistiker“ der 11.-September-Crew angehört. Al-Qaida wolle den Angeklagten wegen seines Insiderwissens nun „eliminieren“. Und: Der iranische Geheimdienst habe von den geplanten Terroranschlägen auf New York und Washington lange vor dem 11. September gewusst.

Von Hemberger darüber informiert, verschoben die Richter ihr Urteil – dass sie in ihrer Mitteilung über den neuen Zeugen „neu“ in Gänsefüßchen setzten, mag einer Ahnung geschuldet sein, die sich nun zur Gewissheit verdichtet. Denn es sieht alles danach aus, als wäre das Manöver der Bundesanwaltschaft eher eine letzte Groteske in dem Prozess, der seit August läuft.

Aus Sicht der Ankläger galt das Verfahren als so gut wie gescheitert: Das Gericht hatte Mzoudi schon im Dezember freigelassen, weil der von den USA inhaftierte Terrordrahtzieher Ramzi Binalshibh seinen alten Kumpel entlastet haben soll; die Richter waren vor allem darüber düpiert, dass ihnen, auf Wunsch der US-Regierung, genau diese Aussage vorenthalten wurde.

Kaum denkbar, dass der neue Zeuge das Blatt wenden kann, denn neu scheint an ihm in Wahrheit nur der Deckname „Toni“ – bislang nannte er sich meist „Hamid Reza Zakeri“. Sicherheitsbehörden in Deutschland, Kanada und den USA kennen den Iraner schon lange. Der von den Bundesanwälten nun angekündigte Glaubwürdigkeits-Check wird vermutlich nur kurz dauern – und als Zeuge gegen Mzoudi könnte Toni anschließend erledigt sein: Der Mann

ACTION PRESS

Ankläger Hemberger
Manöver des letzten Augenblicks

ist unter Insidern als Schwadroneur verrufen. Er sei ein „Schwätzer“, lästert ein Geheimdienstler, „für jeden Fachmann eine Geißel Gottes“.

Zu erzählen hatte der Iraner schon immer viel. Als Motiv für seine Redseligkeit nennt Toni den Wunsch, „auf diesem Wege meinem Land zu dienen“. Nicht minder bewegt ihn das eigene Wohlergehen, weswegen er dem BKA weitere Details avisierte, zugleich aber andeutete, sein Auskommen müsse gesichert sein. Was das kostet, lässt Tonis Aussage erahnen: Die CIA schulde ihm 1,2 Millionen Dollar für eine achtjährige Doppelagententätigkeit, klagte er.

Der Handelsreisende in Sachen Geheim-Infos will die Amerikaner vor zweieinhalb Jahren bei einem Besuch in der aserbaidschanischen US-Botschaft an die Außenstände erinnert haben. Und vor allem habe er bei der Gelegenheit gewarnt, „dass um den 10. September 2001 etwas passieren würde“. Er habe sich damals schon auf der „Abschussliste“ seiner iranischen Kollegen gesehen und sei geflohen, noch immer aber habe er einen Draht nach Teheran: „Meine Quelle ist im Bereich des Nachrichtendienstes ganz oben angesiedelt.“

Tonis Angaben zu seiner Agentenkarriere immerhin sind offenbar wahr: Jahrelang diente er dem berüchtigten iranischen Geheimdienst Vevak, zeitweise arbeitete er als Agent in Kanada. Einen Dienstausweis mit der Kennung „Spezialkraft N-941-H“ legte er den Deutschen vor. Ein Bundesanwalt beharrt darauf, in einem anderen Verfahren hätten sich seine Aussagen als wahr erwiesen, und niemand kann ausschließen, dass einer mit seiner Laufbahn künftig wertvolle Informationen liefert.

Nach seiner Flucht aus Iran diente er sich aber diversen westlichen Geheimdienstlern auch mit Geschichten an, die sie als abenteuerlich abtaten. Dem Bundesnachrichtendienst (BND) hatte Toni schon im Jahr 2002 allerhand Geheimes erzählt. Wochenlang befragten ihn die Experten, bis sie urteilten, der Iraner unterscheide Dichtung offenbar nicht von Wahrheit. Keinen Beleg gebe es etwa für seine Version, Iran sei in den 11. September verstrickt. Ihre CIA-Kollegen sollen inzwischen auf Durchzug schalten, wenn Toni sich meldet.

Vergangene Woche landete er schließlich bei zwei BKA-Beamten. Ihnen erzählte er beispielsweise, die Gruppe um den Terrorpiloten Mohammed Atta sei in den neunziger Jahren schon mit eindeutigen Absichten nach Deutschland gekommen – Ermittler haben hingegen viele Belege dafür, dass sich die meisten aus der Gruppe erst in Hamburg radikalisierten.

Vermutlich war den BKA-Experten selbst nicht ganz geheuer, was der Mann angeblich alles wusste. Über seine Glaubwürdigkeit urteilte einer der Ermittler nur, er trete „optisch souverän“ auf. Immerhin.

Dominik Cziesche

BEAMTE

Ufos überm Braunen Hirsch

Nach jahrelangem Prozess hat ein Kieler Gericht den stellvertretenden Sprecher Uwe Barschels verurteilt: wegen einer grotesken Rosstäuscherei.

Anfang der neunziger Jahre muss am Himmel über Schleswig-Holstein der Teufel los gewesen sein. Immer wieder tauchten unbekannte militärische Flugobjekte über den Pferdeweiden des Gestüts „Brauner Hirsch“ bei Bad Segeberg auf. Dort machten die Hubschrauber und Jets angeblich gezielt Jagd auf die außerordentlich wertvollen Zossen, die sich daraufhin gar schrecklich verletzt haben sollen: 1991 scheuchten die Ufos die Stute „Larissa“, dann „Piroschka“ und „Pia Maria“, später den Hengst „Pablo III“ und dann immer mehr und immer teurere Pferde.

Mit diesen Geschichten ging Gestütsbesitzer Horst R. stets aufgebracht zur Oberfinanzdirektion Kiel, die für die Regulierung von Manöverschäden zuständig war – und das Amt zahlte bereitwillig. Insgesamt soll es mehr als eine Million Mark gewesen sein.

HERIBERT PROEPPER / AP

Verurteilter Ahrendsen
Besonders eifrig

Jetzt, mehr als zehn Jahre später, ist der Spuk wohl auch offiziell vorbei. Und mit ihm die Laufbahn eines prominenten Beamten, der schon als stellvertretender Regierungssprecher des einstigen CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel ins Zwielicht geraten war: Am vergangenen Freitag verurteilte das Landgericht Kiel Herwig Ahrendsen, 55, zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung wegen Untreue und Betrugs. Und es kann noch schlimmer kommen, weil die Staatsanwaltschaft womöglich in Revision gehen will. Denn der einstige Spitzenbeamte hatte sich in eine Rosstäuscherei verwickeln lassen, die zwar grotesk war – aber sehr teuer für den Steuerzahler.

Nach Barschels Tod war Ahrendsen als Regierungsdirektor in der Oberfinanzdirektion gelandet, Sachgebiet Verteidigungslasten. Dort genehmigte er alsbald reibungslos Entschädigungszahlungen an den Gestütsbesitzer. So reibungslos, dass der ihm schon mal einen Mercedes im Wert von 60 000 Mark vor die Tür stellte. Ahrendsen will das Auto für Beratungen bekommen haben.

Der Prozess hat laut Gericht ein regelrechtes Komplott offen gelegt, das Gestütsbesitzer R. aufgebaut hatte und in dem Ahrendsen besonders wichtig war. Daneben freilich gab es noch eine ganze Schar anderer Helfer, die meisten sind inzwischen rechtskräftig verurteilt.

Jeder spielte seine Rolle: Ein Tierarzt etwa bescheinigte den angeblich geschockten Edel-Pferden „Ataxie nach Unfall“ oder „Zuchtuntauglichkeit“. Ein Gutachter für die Landesregierung verließ sich auf den Tierarzt und die tolle Geschichte des Züchters, nach der Militärpiloten beim Üben „lebende Ziele brauchen und Kühe zu lahm“ seien. Daraufhin profitierte auch er, wenngleich nur in Naturalien: Ein Parade-Hengst des Züchters deckte kostenlos Stuten des Gutachters, normalerweise hätte der Mann dafür zahlen müssen.

Besonders eifrig aber half Ahrendsen: Nach bekanntem Muster wollte der Züchter etwa Geld für Verletzungen des Hengstes „Gaitano“ einstreichen. Doch der von einem Gutachter attestierte Wert von 64 000 Mark war dem Züchter zu niedrig. Ahrendsen beauftragte daraufhin einen neuen Gutachter: den Anwalt des Gestütsbesitzers. Der kam zu dem Schluss, das Pferd sei 180 000 Mark wert. Das Land zahlte immerhin 150 000 Mark. Und das für ein Pferd, das nach Ermittlungsergebnissen wohl vorher schon krank war.

Die Abzockerei endete erst, als der Züchter nach Mecklenburg-Vorpommern umzog, angeblich, weil er das Leiden seiner Pferde nicht mehr mitansehen mochte.

Im Prozess dann schoss er quer, so gut er konnte. Die Justiz musste den Diabetiker zeitweise sogar in Haft nehmen und ärztlich betreuen lassen – das Gericht verdächtigte ihn, er wolle seine Krankheit nicht behandeln, um prozessunfähig zu werden. Dem Züchter hat dieses ganze Finassieren nur Unglück gebracht: Er wurde in erster Instanz verurteilt, weil er auch noch versucht hatte, den Käufer seines alten Gestüts zu betrügen. Und er ist jetzt völlig verschuldet.

Ahrendsen aber hat immerhin sieben Jahre lang gut gelebt: Denn schon 1997 wurde er auf Grund der Pferde-Affäre vom Dienst suspendiert. Es folgten aufwendige Ermittlungen und fast vier Jahre Prozess. So lange durfte er spazieren gehen – bei vollen Bezügen. Zuletzt waren das 5200 Euro monatlich, plus Weihnachtsgeld. Damit ist nun Schluss.

Ruhe ist auch über dem „Braunen Hirsch“ eingekehrt: Die neuen Besitzer des Gestüts haben nie irgendwelche Ufo-Attacken auf ihre Pferde gemeldet.

Cordula Meyer